



BASis Info 2/2009

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

am Dienstag war es endlich soweit: Der 17. Deutsche Bundestag hat sich konstituiert und ich war als neue Abgeordnete dabei.

Mein Highlight: Alterspräsident Heinz Riesenhuber fragt in seiner Eröffnungsrede „Wann haben Sie das letzte Mal ihren Abgeordneten geknuddelt“. Das muss man doch [twittern](#).

Ärgerlich war allerdings das Wahlergebnis für unseren SPD-Bundestags-Vizepräsidenten Wolfgang Thierse am selben Tag: Während viele Sozialdemokraten aus Respekt vor dem Amt des Bundestagspräsidenten auch Norbert Lammert ihre Stimme gaben, war soviel Anstand bei den Kolleginnen und Kollegen der Union leider nicht weit verbreitet. Nur 371 Stimmen bekam Wolfgang Thierse, selbst Petra Pau von den Linken bekam acht Stimmen mehr. Das ist unfair.

Von schlechten Wahlergebnissen kann aber auch Frau Merkel ein Lied singen. Neun Mitglieder aus den schwarz-

gelben Reihen hielten sie wohl nicht für eine gute Kanzlerin und verweigerten ihr die Stimme. Trotzdem reicht es für eine Wiederwahl. Jetzt wird's kalt in Deutschland:

Einer der ersten abgehakten Punkte bei den Koalitionsverhandlungen war das Ende des Atomausstiegs. Die Laufzeiten sollen jetzt über 2022 hinaus verlängert werden und ich sage klar: Wer die Restlaufzeiten von Atomkraftwerken heute verlängert, der baut morgen auch neue AKW. Darüber hinaus ist klar: Von den schwarz-gelben Steuerversprechen profitieren vor allem Besserverdienende, Unternehmen und reiche Erben. Schwarz-Gelb beendet den Weg zu gerechten Mindestlöhnen, will an Kita- und Studiengebühren festhalten und zementiert mit der Einführung eines Betreuungsgeldes („Herdprämie“) die soziale Spaltung schon bei den Kleinsten. Ich sehe mit besonderer großer Sorge wie unser Gesundheitssystem entsolidarisiert wird. Mehr dazu auf Seite 2.

Das ist aber alles erst der Anfang. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat der „BILD“

gesagt, dass erst ab Mitte 2010 die Reformen kommen. Anders ausgedrückt: Nach der Landtagswahl in NRW im Mai 2010 werden die Dauerschrauben richtig angezogen und bis dahin die wichtigen Probleme in Kommissionen verschoben— zur Zukunft des Gesundheitssystems, zu Mindestlöhnen oder zur Zukunft der Gewerbesteuer für Städte wie Duisburg.

Die SPD hat in den vergangenen Jahren sicher Fehler gemacht. Wir haben aber auch bewiesen, dass wir die guten Ideen haben. Beispiel: Kurzarbeitergeld. Jetzt müssen wir mit einer konstruktiven, kritischen und selbstbewussten Oppositionsarbeit angreifen.

Am 9. November geht es in die nächste Runde in Berlin. Ich freu mich drauf.

Eure

Bärbel Bas



Stichwort: Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik war einer der größten „Knackpunkte“ in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP. Das Ergebnis ist ein seltsames Gebräu aus Klarheit und Chaos.

Klar war bei Schwarz und Gelb von vornherein, dass es für die Arbeitgeber Kostenentlastungen geben soll und die Arbeitnehmer die absehbaren Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem allein schultern sollen. Der Arbeitgeberbeitrag von heute sieben Prozent des Bruttolohns soll fest bleiben. Erhöhen können die Kassen künftig nur den für Arbeitnehmer gegenwärtig einheitlichen Beitragssatz von 7,9 Prozent. Das Chaos beginnt bei der Sprachregelung. Während Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler und sein Staatssekretär Daniel Bahr dies als Einstieg in den Ausstieg aus dem Gesundheitsfonds betrachten, betont Kanzleramtsminister Pofalla, der Gesundheitsfonds stehe nicht zur Disposition.

Darüber hinaus pochen Rösler und Bahr auf die

„einkommensunabhängige Prämie“, die wir nicht als das bezeichnen sollen, was sie ist: eine Kopfpauschale. Der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder erklärt, eine "Kopfpauschale in reiner Form" werde es nicht geben. Ob es die Kopfpauschale statt „in reiner Form“ in reiner Form oder nur in unreiner Form geben wird, müssen die Herren noch auskämpfen. Frau Merkel hat unterdessen vergessen, dass sie auf dem Leipziger CDU-Parteitag 2003 genau diese „Gesundheitsprämie“ ins Parteiprogramm hinein gestritten hat. Die Bundeskanzlerin signalisiert allerorten, gegen diesen Systemwechsel im Gesundheitssystem zu sein, aber lässt Rösler und Bahr jetzt erst einmal in Ruhe an die Arbeit gehen. Bloß nicht die eigenen Finger schmutzig machen.

Sollte das Chaos in der Regierungskommission weitergehen, können die beiden Herren sich die Pflegeversicherung vornehmen. Hier sind sich Union und FDP lange einig: „Als Ergänzung zur Umlagefinanzierung“ soll eine

Kapitaldeckung als „zweite Säule“ in der Pflegeversicherung installiert werden. Anders als bei der Riester-Rente soll die private Pflegeversicherung verbindlich eingeführt werden. Für die Versicherungsgesellschaften wird dies bestimmt ein gutes Geschäft. Für die Menschen sieht das dann so aus wie bei der Kfz-Versicherung. Jede und jeder muss sich versichern; wie gut, bleibt der Zahlungsfähigkeit des Einzelnen überlassen. Freiheit à la FDP.

Es ist absehbar, dass Union und FDP versuchen werden, einen immer größeren Anteil der Pflegebeiträge zu den privaten Versicherungskonzernen zu verlagern. Zur Zeit gibt es etwa 2,25 Millionen Pflegebedürftige; diese Zahl wird deutlich steigen. Viele werden sich nur für den Pflichttarif entscheiden können und müssen hoffen, nicht zum Pflegefall zu werden.

„Mehr Netto vom Brutto“? - Den Arbeitnehmern wird die Pflege-Pflichtversicherung einen Strich durch die Rechnung machen. Profitieren wird das Klientel von CDU und FDP.



Gesundheitsminister Philipp Rösler und Staatssekretär Daniel Bahr wollen das Gesundheitssystem „reformieren“.



Solidarität mit Gebäudereinigern

Die Kolleginnen und Kollegen im Gebäudereiniger-Handwerk haben am letzten Dienstag in Duisburg für faire Löhne gestreikt ([Bilder der Demonstration hier](#)). Hans Pflug und ich mussten zwar zur Sitzungswoche in Berlin sein, haben aber in einem offenen Brief an die IG BAU Duisburg-Niederrhein unsere Solidarität ausgesprochen. Der Einsatz der streikenden Kolleginnen und Kollegen hat sich gelohnt: Es gibt einen neuen Tarifvertrag über zwei

Jahre, die Löhne steigen deutlich an und der neue Mindestlohn liegt im Westen jetzt bei 8,55 Euro.

„Als Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete erklären wir uns uneingeschränkt solidarisch mit Euren Streikaktionen für eine faire Bezahlung im Gebäudereiniger-Handwerk“, haben wir in unserer Solidaritätsadresse geschrieben. „Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen bei der heutigen „Putzgeister“-

Großaktion in Duisburg wünschen wir viel Durchhaltevermögen und weiterhin die notwendige Kampfbereitschaft, um die berechtigten Interessen der Beschäftigten durchzusetzen“. Außerdem haben wir geschrieben: „Die Gebäudereiniger machen als „Unsichtbare“ einen wirklich harten Job und das muss von der Gesellschaft auch durch eine faire Bezahlung wertgeschätzt werden. Saubere Arbeit verdient eine saubere Lohnerhöhung.“

IGBCE-Jubilare in Bergheim geehrt

Am 24. Oktober durfte ich die Festrede bei der IGBCE-Jubilarenehrung der Ortsgruppe Bergheim halten und 20 Gewerkschaftlerinnen und Gewerkschafter für 25, 40, 50, 60 und 75 Jahre Mitgliedschaft ehren. Für Franz Gzendowski (rechts in der Bildmitte) war es ein ganz besonderer Abend: Er wurde für seine 75-jährige Mitgliedschaft geehrt.



+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++2. November: Eröffnung der 33. Duisburger Filmwoche+++

+++3. November: SPD-Unterbezirksparteitag in Duisburg +++

+++++

+++4. November: Stammtisch des Bürgervereins Neudorf +++

+++7. November: Landespartei-rat der NRW-SPD in Bochum+++

+++++

+++9.-13. November: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag in Berlin+++

+++13. bis 15. November: SPD-Bundesparteitag in Dresden+++

+++++



Kurzarbeitergeld muss verlängert werden

In der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am letzten Dienstag haben Hans Pflug und ich uns für eine Verlängerung des Kurzarbeitergeldes über den 31. Dezember 2009 hinaus eingesetzt.

In Duisburg waren im Juni mehr als 16.000 Menschen in Kurzarbeit. Deshalb haben wir zuerst in Gesprächen mit Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz auf die Verlänge-

rung des Kurzarbeitergeldes gedrungen und Hans hat später auch in der Bundestagsfraktion sehr deutlich gesagt, dass die Regelung für das Kurzarbeitergeld verlängert werden muss.

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen für Oktober haben auch wieder gezeigt: Das Kurzarbeitergeld hat sich in der Krise sehr bewährt. Wir müssen die Menschen vor der Arbeitslosigkeit schützen.

Sexy?

„Bärbel Bas und Johannes Pflug: Die SPD ist nicht mehr sexy“. Mit dieser Überschrift erschien am letzten Dienstag ein ganzseitiges Interview in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, das Hans Pflug und ich ein paar Tage vorher mit dem stellvertretenden WAZ-Chefredakteur Wilhelm Klümper im Café Museum geführt hatten. Wer es noch nicht gelesen hat, [hier der Link zum WAZ-Interview](#).

Neues aus meinem Tagebuch

Mein erster Sitzungstag begann mit einem Lächeln. An der Einlasskontrolle schauten zwei Polizeibeamte auf meinen vorläufigen Hausausweis und fragten „Warum dauert das denn so lange mit den Hausausweisen?“. Meine Antwort: „Beamte halt“. Die Beiden gucken sich an und stellen in dem Moment wohl fest, dass sie ja selber Beamte sind. Wir mussten alle lachen und ich wurde mit den Worten „Coole Antwort“ durchgewunken.

+++++

Am Dienstagabend war meine erste Politikparty in Berlin, eine Zeitschrift hatte eingeladen. Die Kollegen von Schwarz-Gelb waren in der Landesvertretung NRW in der Mehrheit und leider gab's kein KöPi, deshalb musste

ich auf Rotwein umsatteln. Immerhin: Habe viele nette neue Kolleginnen und Kollegen aus unserer Bundestagsfraktion getroffen und mir von Barbara Hendricks Anekdoten aus ihrer WG erzählen lassen. Gut zu wissen...

+++++

Seit letzten Donnerstag habe nämlich auch eine WG: Zusammen mit Dietmar Nietan aus Düren und Stefan Schwartze aus Herford-Minden teile ich mir eine Büroeinheit (3 Räume à 18 m²). Ist zwar erst einmal nur ein Raum, aber endlich habe ich meinen Schreibtisch in Berlin. Der Rest wird noch dauern: 350 Büro-Räume und 450 m² Lagerräume muss die SPD-Bundestagsfraktion abgeben, das große Tischerücken ist in vollem Gange.



Bis nächsten Monat, ich freu mich drauf.
Eure Bärbel

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 78762

Fax: 030 / 227 76403

Baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de